32. Schließt der von zuständiger Behörde einem Bediensteten erteilte Auftrag, Gefangene zu begleiten, dessen Ermächtigung in sich, in dringenden Fällen mit Ausführung geeigneter Anordnungen einen anderen zu beauftragen, und wird dieser durch die Übernahme des Auftrages zu dessen Vollzug wirksam verpflichtet?

St.G.B. §. 121 Abs. 2.

I. Straffenat. Urf. v. 25. September 1882 g. D. Rep. 1834/82.

I. Landgericht Öls.

Aus den Gründen:

Das angefochtene Urteil hat die Anwendbarkeit des §. 121 Abs. 2 St.G.B.'s auf die festgestellten Thatumstände deshalb verneint, weil der Auftrag, welcher dem Angeklagten, dem Schuhmachermeister D. von Ö., als er sich im Wartesale des Bahnhofes daselbst behufs Transportes eines jugendlichen Verbrechers nach St. befand, von seiten des Polizeisergeanten F. dahin erteilt wurde, den diesem zum Transporte in das Zuchthaus zu Str. anvertrauten Arbeiter S. nach dem Aborte zu begleiten, als ein von hierzu befugtem Beamten ausgegangener nicht gelten könne.

Das Urteil nimmt als erwiesen an, daß die Polizeiverwaltung zu Ö. von der Gefängnisverwaltung daselbst beauftragt gewesen ist, den

Transport von vier zur Zuchthausstrafe verurteilten Personen, und unter ihnen des S., aus dem Gefängnisse zu D. in das Zuchthaus nach Str. zu bewirken. Ferner steht fest, daß die städtische Polizeiverwaltung zum Führer dieses Transportes den in ihrem Dienste seit dem Jahre 1868 stehenden Polizeiergeanten F. und zu dessen Begleiter den Schlosser und Wachtbürger H. zu D. bestimmte. Endlich ist festgestellt, daß, als letztere beide mit den bezeichneten Verbrechern am 17. März 1882 im Wartesale des Bahnhofes eingetroffen waren, der gefesselte Verbrecher S., unter dem Vorgeben, er leide an Diarrhöe, das Ersuchen stellte, ebenso, wie der kurz zuvor von H. abgeführte andere Verbrecher, zum Aborte begleitet zu werden, daß F. hiernit den Angeklagten beauftragte, und daß dieser in Vollzug des Auftrages fahrlässigerweise dem S. das Entweichen aus dem Aborte ermöglichte.

Hiernach ist außer Zweifel gesetzt, daß die angegangene und zuständige Polizeibehörde dem Polizeibediensteten den Auftrag, den Transport der genannten Verbrecher als Führer zu bewerkstelligen, erteilte. Dieser Auftrag schloß seiner Natur nach die Ermächtigung in sich, geeigneten Falles selbständig diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche die Sicherheit der Ausführung der Anordnung erfordern würde. Es erschien derselbe daher auch als befugt, nach eigenem Ermessen in dem als dringend beurteilten Zwischenfalle anordnend einzugreifen und dem eben anwesenden, mit anderweiter polizeilicher Aufgabe betrauten Angeklagten auf Grund der ihm selbst zustehenden amtlichen Befugnis weiteren Auftrag zu erteilen. Durch die Übernahme der Ausführung des von F. erteilten Auftrages hat sich der Angeklagte zum gewissenhaften pflichtgemäßen Vollzuge verbindlich gemacht, wenn er dies auch dem Auftragertheilenden gegenüber lediglich in seiner Eigenschaft als Privatperson gethan hat. Daß diese Sachlage vom Angeklagten verkannt worden sei, läßt sich den Urteilsgründen nicht entnehmen. Es ist daher auch die Auffassung des erkennenden Gerichtes nicht gerechtfertigt, daß der fragliche Auftrag als ein rechtmäßig erteilter nicht zu erachten sei.

Da auf diesem Rechtsirrtume die Freisprechung des Angeklagten von der erhobenen Anklage beruht, erweist sich die Revision der Staatsanwaltschaft als begründet.